## FRAUEN FAHNEN FREIE WORTE VORMÄRZ UND REVOLUTION 1848 IN AALEN



Aalener Jahrbuch 1998 Herausgegeben vom Geschichtsund Altertumsverein Aalen e.V. Bearbeitet von Roland Schurig

## Moriz Mohl (1802 - 1888)

## Abgeordneter und Ehrenbürger der Stadt Aalen



Anläßlich des Wahlkampfes für den ersten Landtag nach der Revolution schrieb Moriz Mohl am 8. 4. 1851 an seine Wähler nach Aalen:

»Möchte der Erfolg sein, welcher er wollte, so weiß ich, daß Sie wenigstens in Einem vertrauen dürfen: in dem redlichen Eifer für die Volkssache, so lange noch eine Faser an mir sein wird.«1

Wohl keiner der Wähler ahnte, wie ernst Moriz Mohl sein Versprechen nehmen würde. Im Dezember 1887 teilte der inzwischen 85jährige dem Präsidenten des württembergischen Landtags mit, daß er seit geraumer Zeit fast erblindet und nun bettlägerig sein Mandat für Aalen nicht mehr wahrnehmen könne. Wenige Wochen später, am 2. Februar 1888, starb er.

Wer war dieser Moriz Mohl, der das Oberamt Aalen fast vier Jahrzehnte als Abgeordneter in der Paulskirche 1848/49, in den verfassunggebenden Landesversammlungen, im Landtag von 1851 bis 1887, im Zollparlament und für kurze Zeit auch im Reichstag vertreten hat?

Moriz Mohl (1802 - 1888) stammte sowohl mütterlicher- wie väterlicherseits aus angesehenen Familien der altwürttembergischen Ehrbarkeit. Die Mutter Louisa Friederica Autenrieth war Tochter eines hohen Beamten und die Schwester des Kanzlers der Tübinger Universität. Der Vater Benjamin Ferdinand v. Mohl begann seine Karriere als Professor an der Karlsakademie. Bereits 1818 leistete er gewissermaßen Wahlhilfe für seinen Sohn, als er als Regierungspräsident nach Ellwangen ging und damit den Namen Mohl im späteren Wahlkreis seines Sohnes bekannt machte. Von 1826 bis zu seinem Tod im Jahre 1845 war Benjamin Ferdinand v. Mohl Mitglied und Schriftführer der 1. Kammer.

Moriz Mohl nahm 1819 das Studium der Staatswissenschaft in Tübingen auf. Die staatswirtschaftliche Fakultät war erst 1817 unter anderem mit der Unterstützung Friedrich Lists gegründet worden, um dem neuwürttembergischen Staat einen akademisch gebildeten Beamtennachwuchs heranzubilden. Moriz Mohl bereitete sich in Fächern wie Staatswirtschaft, Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Technologie, Handels- und Bergbaukunde darauf vor, als Beamter die wirtschaftliche Entwicklung Württembergs voranzutreiben.

Die wirtschaftspolitischen Grundsätze, die Moriz Mohl als Beamter aber vor allem als Abgeordneter und Publizist Zeit seines Lebens verfechten sollte, legte der junge Absolvent der staatswirtschaftlichen Fakultät bereits 1828 in seinem ersten Buch »Über

die württembergische Gewerbsindustrie« vor. In diesem bahnbrechenden Erstlingswerk machte sich Mohl zum Propheten der kommenden Industrialisierung Württembergs.

Mohl trat für die rückhaltlose Förderung des Gewerbes in Form von Manufakturen und Fabriken ein. Er erkannte klar, daß die Landwirtschaft in Württemberg der wachsenden Bevölkerung auf Dauer kein Auskommen sichern konnte, und daß der allein arbeitende Handwerker gegen die Konkurrenz der maschinellen Fertigung in England und Frankreich der sicheren Verelendung entgegensah. Ein blühendes Fabrik- und Manufakturwesen würde wie eine Lokomotive die übrigen Wirtschaftszweige, die Landwirtschaft und das Handwerk, mit sich ziehen. Mit dem Blick auf die industriell fortgeschrittenen Verhältnisse im England konnte Mohl zeigen, daß die Fabriken keineswegs zu einer dauerhaften Verelendung und Proletarisierung der Bevölkerung führten. Die Löhne der Fabrikarbeiter waren deutlich besser als die Einkünfte, die die unterbeschäftigten Handwerker des Textilgewerbes oder die kleinen Bauern oder Tagelöhner erzielen konnten.

Moriz Mohl verstand nun unter der Förderung der Industrie nicht einfach nur die Einführung neuer Technik. Er erkannte, daß die Vorbereitung Württembergs auf die internationale Konkurrenz der sich industrialisierenden Staaten Europas einschneidende politische und gesellschaftliche Reformen mit sich bringen mußte. Mohl setzte sich dabei in seinen politischen Forderungen radikal über gewachsene historische Traditionen hinweg. Die Einführung der Gewerbefreiheit sollte das Reservat des Zunftwesens abschaffen, welches das Handwerk vor ruinöser Konkurrenz schützen sollte. Dessen rigide Beschränkungen verstellten dem Handwerk und dem entstehenden Manufakturwesen jedoch immer mehr die Anpassung an die wirtschaftliche Entwicklung. In der Landwirtschaft verlangte er die Aufhebung der feudalen Strukturen und eine konsequente Bauernbefreiung, um eine Umverteilung des Landes unter dem Gesichtspunkt einer effektiveren Produktion zu erlauben. In der Revolution 1848 gipfelte dies in seinem Antrag, den Adel mit allen seinen Rechten und Titeln abzuschaffen.

Durch ein sogenanntes Schutzzollsystem sollten die

deutschen Produzenten gegen die übermächtige ausländische Konkurrenz abgeschirmt werden, um überhaupt eine Entwicklungsmöglichkeit zu erhalten. Noch 40 Jahre später kämpfte Mohl im Zollparlament 1868 für ein Schutzzollsystem.

Der Ausbau der Verkehrswege war für Mohl eine weitere zwingende Voraussetzung für den wirtschaftlichen Erfolg. Zeit seines Lebens kämpfte er für die rasche Entwicklung des Eisenbahnnetzes. Aalen hat hier als Schnittpunkt der Eisenbahnlinien von Stuttgart und von Ulm und als Sitz eines Eisenbahnausbesserungswerkes seinem Abgeordneten viel zu verdanken.

Im Rückblick betrachtet, erkannte Mohl tatsächlich geradezu prophetisch das ungeheure Entwicklungspotential einer deregulierten Wirtschaft, an deren Wohlfahrtsgewinn alle Sektoren Anteil haben konnten. Sein Eintreten für die Förderung der Industrialisierung stieß jedoch nicht nur bei der Regierung, sondern auch bei großen Teilen der liberalen Bewegung auf Widerspruch. Die Regierung sah in der Landwirtschaft die Grundlage für den Wohlstand Württembergs, da sie von der Fabrik »das Hervorrufen einer eigentümlichen Fabrikbevölkerung von Proletariern, mit den gewöhnlich in deren Gefolge sich zeigenden Übeln« befürchtete

Auch große Teile des südwestdeutschen Bürgertums teilten diese sozialen Bedenken. Die Liberalen forderten zwar die Freiheit des Eigentums und die Reform der starren Gewerbebeschränkungen der Zünfte. Gleichzeitig wünschten sie die sozialen Folgen der Industrialisierung nicht, wie sie in England zu beobachten waren. Ihr Ziel blieb die Erhaltung des in ihren Augen gesellschaftstragenden Mittelstandes aus Handwerkern und kleinen Händlern.

Trotz dieser Gegensätze zur Regierung hatte sich Mohl durch seine Schrift als Wirtschaftsexperte ersten Ranges profiliert und fand 1828 nicht nur durch den einflußreichen Vater sehr rasch Aufnahme in den Staatsdienst als Assessor der Oberzolladministration. Bereits im April 1832 wurde der junge Beamte nach Berlin zu den Zollvereinsverhandlungen gesandt, wo er als technischer Beirat den inhaltlichen Teil der Verhandlungen weitgehend selbständig führen konnte. Eine

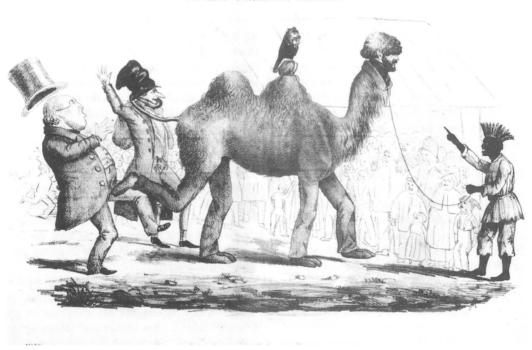
Beschwerde Preußen zog seine Ablösung nach sich; von diesem Karriereknick sollte sich Mohl im Staatsdienst nicht mehr erholen. Mohl blieb im Staatsdienst, engagierte sich jedoch in den folgenden Jahren als Publizist für seine wirtschaftspolitischen Positionen, die nicht immer im Einklang mit seinem Dienstherren standen. Der König quittierte dies mit wiederholten Strafversetzungen in die Provinz. Von 1836 bis 1841 ließ er sich beurlauben und reiste für wirtschaftswissenschaftliche Studien durch Frankreich und England.

Als die Revolution 1848 ausbrach, hatte Mohl innerlich schon längst mit dem Staatsdienst abgeschlossen. Mohl bewarb sich für ein Mandat im württembergischen Landtag und in der Frankfurter Nationalversammlung. Nachdem er für den Wahlkreis Aalen/Heidenheim in die Paulskirche gewählt worden war, verließ er den Staatsdienst und widmete sich bis an sein Lebensende dem Beruf des Parlamentariers.

Moriz Mohl wurde Berufspolitiker und war damit unter den Zeitgenossen eine Ausnahmeerscheinung. Seine Parlamentskollegen übten ihr Mandat neben ihren eigentlichen Berufen aus, von deren Einkommen sie auch leben mußten. Denn weder Moriz Mohl noch seine Kollegen konnten von den schmalen Diäten ihren Lebensunterhalt bestreiten. Mohl hatte aber den Vorzug, ein kleines Vermögen und eine sehr sparsame Haushälterin zu haben.

Welche Positionen vertrat Mohl als Abgeordneter und wie machte sich seine seltene Professionalität in seiner Arbeitsweise als Parlamentarier bemerkbar?

In der Paulskirche trat Mohl mit drei radikalen Forderungen hervor: Die Abschaffung des Adels, der Ausschluß der jüdischen Bürgerinnen und Bürger von den Grundrechten und die Auflösung der mittleren und kleinen deutschen Staaten zugunsten eines starken zentralistischen deutschen Reiches.



ansmus l'arlamenti camelus.

Karikatur auf Moriz Mohl und sein politisches Programm als »Insolitus Parlamenti carmelus« - »Seltenes Parlamentskamel«.

Moriz Mohl begnügte sich in der ihm eigenen Gründlichkeit nicht mit der rechtlichen Gleichstellung des Bürgertums mit dem Adel. Für ihn konnte allein die vollständige Abschaffung des Adels mit allen Titeln und Privilegien den Weg zum wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritt ebnen. Zur sehr hatte der Adel im Vormärz seiner Meinung nach durch privilegierte Positionen in den ersten Kammern und Landtagen den notwendigen gesellschaftlichen Reformen entgegengewirkt und mit seinem Festhalten an der feudalen Struktur der Landwirtschaft deren Entwicklung gehemmt.

Bürgerliche Gleichheit war für Mohl freilich kein Menschenrecht. Das zeigt sich in seiner abstoßenden antisemitischen Begründung des Antrages, Juden von der Geltung der Grundrechte auszuschließen, den er ohne jeden Erfolg in der Paulskirche stellte. In seiner Rede wiederholt er die bekannten antisemitischen Vorurteile vom Wucher, Schacherhandel und der sogenannten Hofmetzgerei der Juden, vor der die deutsche Bevölkerung geschützt werden müsse. Mohl unterstellte der jüdischen Bevölkerung darüber hinaus jedoch einen »volksverderblichen« Charakter und eine unabänderliche Unfähigkeit, sich in die deutsche Bevölkerung zu integrieren. Sicherlich ist Mohls Antisemitismus nicht mit der Vernichtungsideologie der Nationalsozialisten gleichzusetzen. Aber mit der gleichsam angeborenen »Volksverderblichkeit« und der Unfähigkeit zur Integration nennt Mohl Argumente, mit denen später die Vernichtung der jüdischen Bevölkerung rassenideologisch begründet wurde. Nach dem Mißerfolg seines Antrags hielt sich Mohl mit öffentlichen antisemitischen Äußerungen zurück, in seinen Briefen zeigt sich jedoch, daß er in seinen Vorurteilen gefangen blieb.

Die dritte Initiative Mohls in der Paulskirche, mit der er die Auflösung der vielen kleinen Staaten des Deutschen Bundes und deren Unterordnung unter eine Reichsregierung erreichen wollte, verdient besondere Beachtung, da Mohl als verbissener Verfechter der württembergischen Eigenständigkeit gegen die Reichsgründung Bismarcks bekannt wurde und daher auch in der Literatur als »Partikularist« gilt. In der Paulskirche plädierte Mohl für eine radikale Unterordnung der deutschen Staaten unter die zu schaffende Reichsregierung. Nur wenn man sich

über die historisch gewachsene föderale Struktur Deutschlands hinwegsetzte, so glaubte er, könne das deutsche Reich eine sinnvolle Entwicklung der Eisenbahn, der Wasserwege und der Post vorantreiben, die für den wirtschaftlichen Erfolg so notwendig waren. Darüber hinaus wäre allein eine starke Reichsregierung in der Lage, sich machtpolitisch gegen die übrigen europäischen Staaten durchzusetzen. Diese Reichsregierung, und dies war die dritte Hoffnung des Demokraten Mohl, würde nicht von einem deutschen Kaiser bestimmt, sondern würde aus dem Parlament des Reiches hervorgehen. Die innenpolitische Kräfteverlagerung von den Dynastien zu den Parlamenten würde dann in Deutschland zentral und machtvoll vom Reich vorangetrieben.

Nach dem Scheitern der Revolution schloß sich Mohl im württembergischen Landtag der demokratischen Volkspartei an und kämpfte unerschrocken und konsequent für die mit der Revolution verlorenen Grundrechte. Der württembergische Landtag der 1850er Jahre sah ihn nicht nur als radikalen Demokraten. Mohl trat im Parlament mit gewaltigem Fachwissen für die Förderung der Industrialisierung und für den Ausbau des Eisenbahnnetzes ein. In den 1850er und den 1860er Jahren war er der dominierende Abgeordnete der mit Wirtschaftsfragen befaßten Ausschüsse des Landtags.

Sein Wahlkreis Aalen profitierte in mehrfacher Hinsicht von Mohls Arbeit in diesen Ausschüssen. Mohls Einfluß ist es mit zu verdanken, daß die erste Eisenbahnlinie nach Aalen durch das gewerbereiche Remstal nach Stuttgart führte und nicht wie von der Regierung zunächst geplant über die karge Alb nach Ulm. Mohl engagierte sich darüber hinaus für einen raschen Eisenbahnanschluß über Nördlingen nach Nord- und Ostdeutschland und für die Linie nach Heidenheim und Ulm, die den deutschen Süden, Österreich, die Schweiz und Italien näher brachte.

Ein weiteres Anliegen Mohls im Landtag war der Fortbestand des staatlichen Hüttenmonopols, in dessen Schutz die staatlichen Hüttenwerke im Oberamt Aalen in den 1850er und 1860er Jahren aufblühten und zum Motor der wirtschaftlichen Entwicklung Aalens wurden. Mohl verteidigte das staatliche Hüttenmonopol zäh gegen die Angriffe

seiner liberalen Gesinnungsgenossen, die die Eisenproduktion der privaten Konkurrenz aussetzen wollten. Die Wasseralfinger zählten daher über die Jahrzehnte zu den treuesten und oft wahlentscheidenden Anhängern Mohls.

In den 1860er Jahren bestimmte die Nationale Frage, die Einigung Deutschlands, die politische Diskussion. Da der württembergische Landtag in diesem Jahrzehnt nur selten einberufen wurde, verlagerte sich die politische Auseinandersetzung vom Landtag in die Presse und in die politischen Parteien, die sich seit der Lockerung des innenpolitischen Klimas wieder organisieren konnten, Moriz Mohl beteiligte sich mit zahllosen Zeitungsartikeln und einer Reihe von Büchern und Broschüren an dem öffentlichen Streit um eine Zukunft Deutschlands unter der Führung Österreichs oder unter der Führung Preußens mit dem damit verbundenen Ausschluß Österreichs. Wie die Mehrzahl seiner württembergischen Landsleute plädierte Mohl für die großdeutsche Lösung unter der Führung Österreichs. Er war davon überzeugt, daß ein geschlossenes Auftreten der Mittelstaaten im Bund mit Österreich Preußen zu einer Ein- und Unterordnung in ein deutsches Reich unter der Führung Österreichs zwingen könnte.

Auch nach der Niederlage der Österreicher 1866 widersetzte sich Mohl der Reichsgründung durch Bismarck. Er hoffte, daß sich die verbliebenen deutschen Klein- und Mittelstaaten in einem Bundesstaat nach dem Vorbild der USA zusammenfinden würden. Der Vereinnahmung durch Preußen sollte dadurch so lange Widerstand entgegensetzt werden können, bis sich Österreich wieder von seiner Niederlage erholt hätte und wieder in die Gestaltung Deutschlands eingreifen könnte. Mit dem zähen Festhalten an der württembergischen Eigenstaatlichkeit erwarb Mohl sich seinen Ruf als württembergischer Partikularist.

Es war daher nur konsequent, daß Mohl sich 1870 der allgemeinen Kriegseuphorie widersetzte und sich gegen eine Beteiligung Württembergs am Krieg gegen Frankreich aussprach. In der Reichsgründung sah er dann auch wenig mehr als die Eroberung Süddeutschlands durch einen Staat von »halbslavischem« Wesen.

Mit seinen nationalpolitischen Positionen geriet

Mohl damit in den 1870er Jahren ins politische Abseits. Diese politische Isolation hatte er selbst bereits in den 1860er Jahren auch auf dem Gebiet der Innenpolitik betrieben. Seit Beginn der 1860er Jahre wandelte sich der radikale Demokrat Mohl zunehmend zum Konservativen und entfernte sich damit von seinen liberalen Parteigenossen. Er stand nun liberalen Reformen der Verfassung, des Justizwesens und der Gemeindeverwaltung, für die er wenige Jahre zuvor noch gestritten hatte, ablehnend und kritisch gegenüber. Gründe für diese innere Kehrtwende lassen sich in seinen Briefen nicht finden.

Nicht nur auf der inhaltlichen Ebene trennte sich Mohl von den liberalen Gesinnungsgenossen. Er beteiligte sich auch nicht am Aufbau der liberalen politischen Parteiorganisationen, der in Württemberg Anfang der 1860er Jahre begann.

Im Landtag der 1870er Jahre stand Mohl allein. Er wurde konsequent von allen Ausschüssen ferngehalten und damit seines in den Jahrzehnten zuvor besessenen parlamentarischen Einflusses beraubt. Wie in den 1860er Jahren suchte er als Autor von zahlreichen Broschüren, die er teilweise auf eigenen Kosten drucken und verteilen ließ, politischen Einfluß. Er beteiligte sich an der Diskussion um die Währung des neuen Reiches, um die Fragen der Staatsfinanzen des Reiches sowie um die Reichseisenbahn.

Moriz Mohl ist als einer der ersten und zu seiner Zeit noch seltenen Berufspolitiker vorgestellt worden. Wie zeigte sich diese zukunftsweisende Professionalität in seiner Alltagsarbeit als Abgeordneter?

Mit aller ihm zur Verfügung stehenden Zeit bereitete Mohl sich auf die Sitzungen des Landtagsplenums vor. Er studierte zum jeweils behandelten Gegenstand die Forschungsliteratur, Berichte anderer Parlamente sowie entsprechende Gesetze anderer Staaten. Damit versetzte er sich in die Lage, zu nahezu jedem Tagesordnungspunkt ausführliche, kompetente und immer sehr lange Parlamentsreden halten zu können. Es kam vor, daß er nicht weniger als ein Viertel der gesamten Sitzungszeit für einen Beitrag in Anspruch nahm. Diese Weitschweifigkeit ist ihm oft vorgeworfen worden und war Gegenstand von Witz und Spott. Auf der anderen Seite darf nicht übersehen werden, daß er damit auch eine

unentbehrliche Kontrollfunktion des Parlamentes gegen die Regierung wahrnahm. Die Minister und ihre Fachbeamten waren ja mit den behandelten Gegenständen oft seit Jahren durch ihre tägliche Arbeit vertraut. Wollte man ihren Argumenten im Plenum des Landtages etwas entgegensetzen, mußte man sich als Abgeordneter ebenso professionell mit dem Gegenstand der Debatte befassen. Dazu waren die »nebenberuflichen« Abgeordnetenkollegen Mohls selten in der Lage. Mohl sorgte dagegen durch seinen Fleiß und seine Professionalität dafür, daß die Regierung jederzeit mit kompetentem fachlichem Widerspruch im Landtag rechnen mußte.

Noch größeren Einfluß sicherte sich Mohl durch seine Arbeit in den Ausschüssen. Die Ausschüsse des Landtages hatten die Aufgabe, Gesetzesvorlagen der Regierung zu prüfen und dem Plenum des Landtages die Annahme oder eine Änderung zu empfehlen und in gedruckten Ausschußberichten auch zu begründen. Die Ausschüsse benötigten für die Begutachtung und für die Erstellung der Ausschußberichte selbstverständlich ebenfalls Fachkenntnis und genaue Informationen über den Gegenstand des Gesetzes. Auch hier waren die Abgeordneten den Fachbeamten in den Ministerien, die oft in jahrelanger Arbeit das Gesetz entworfen hatten, unterlegen. Die Abgeordneten waren nicht selten auf die Auskünfte der Beamten angewiesen, deren Werk sie prüfen sollten.

Mohl ging neue Wege, um das Parlament aus dieser Abhängigkeit von den Informationen der Regierung zu befreien. Er leitete eigenständige Untersuchungen, so genannte Enqueten, zum Gegenstand des Gesetzes ein. Diese Untersuchungen bestanden in der Regel aus drei Teilen oder Arbeitsschritten. Mohl entwarf einen detaillierten Fragebogen, um damit von Betroffenen oder Fachleuten im Lande Informationen einzuholen. Im nächsten Schritt unternahm er ausführliche Reisen, um sich vor Ort in Gesprächen und durch eigene statistische Erhebungen sachkundig zu machen. So bereiste er beispielsweise für die Begutachtung eines Eisenbahngesetzes halb Württemberg, um mit Ortsvorstehern, Gewerbevereinen und Fabrikanten über die Wirtschaft des jeweiligen Ortes zu sprechen und die Notwendigkeit eines Eisenbahnanschlusses zu erkunden.

dieser schriftlichen oder mündlichen Befragung von Sachverständigen studierte Mohl noch die einschlägige Forschungsliteratur und die Gesetzestexte anderer Länder. Das Ergebnis dieser selbständigen Forschungen mit den seiner Zeit modernsten sozialwissenschaftlichen Methoden mündete nicht selten in bis zu 600 Druckseiten starke Ausschußberichte, die das Gesetzvorhaben der Regierung kritisierten. Der Umfang der Berichte und die Tatsache, daß sie oft erst nach Jahren vorgelegt werden konnten, trug Mohl ebenfalls viel Spott ein. Doch der von ihm gewählte Weg der Informationsbeschaffung war unverzichtbar, wenn das Parlament zu eigenständigen und von der Regierung und der Verwaltung unabhängigen Beschlüssen gelangen wollte. Die Untersuchungsausschüsse der modernen Parlamente machen das deutlich.

Es liegt auf der Hand, daß das von Mohl erbrachte Arbeitspensum nur von einem Berufspolitiker geleistet werden konnte. Seine Kollegen, die ihr Mandat neben ihrem Beruf ausüben mußten, überforderte er mit seinem Anspruch einer Gesetzgebung auf wissenschaftlicher Basis. Diese Überforderung und die Verzögerungen, die durch seine Gründlichkeit eintraten, führten dazu, daß er in den letzten beiden Jahrzehnten seiner Landtagszugehörigkeit von den Ausschüssen ferngehalten wurde. Trotz dieses persönlichen Scheiterns hat Mohl dazu beigetragen, zukunftsweisende Arbeitsweisen und Methoden in den modernen Parlamentarismus einzuführen. Heute kann kaum noch ein Stadtratsmandat im »Nebenberuf« wahrgenommen werden; und die Enquete-Kommission und der Untersuchungsausschuß sind nicht nur für die Opposition ein mächtiges Mittel, um das Gewicht der Volksvertretung gegen Regierung und Bürokratie zu wahren.2

Jörg Westermayer

## Anmerkungen:

- Der Verkündiger vom 8.4.1851
- <sup>2</sup> Für die wissenschaftlichen Belege sei verwiesen auf: Jörg Westermayer, Politik als Beruf. Der Parlamentarier Moriz Mohl 1802 - 1888, Droste Verlag Düsseldorf 1998.

Dankschreiben von Moriz Mohl an Gemeinderat und Bürgerausschuß für die Verleihung der Ehrenbürgerwürde am 19. Juni 1880.